



über die 5. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Montag, dem 12. November 2001
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Kissing
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Herr Hinterseer
Herr Maidorn
Herr Theis

Beratendes Mitglied BG

Herr Lehmann

Beratende Mitglieder

Herr Hecht
Herr Kampmann
Herr Ritter
Frau Splieth
Herr Treese
Frau Dr. Winzer-Milo

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Dunker
Herr Güldenhaupt
Herr Peske
Herr Tautz

Gäste

Frau Baucks
Herr Bleck
Frau Henning-Puls
Herr Hoch
Frau Krause
Frau Schwiebert
Frau von der Heide

entschuldigt fehlten

Herr Brumberg
Frau Bucek
Herr Büchel
Frau Diester
Frau Hartmann
Frau Jacobsmeier
Herr Kaczmarek
Herr Kalle
Herr Kloß
Herr Krampe
Frau Lübke
Herr Suk
Herr Töpfer

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Danach stellte sie den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Frau Splieth, die nunmehr Herrn Kalle vom Arbeitsamt als ständiges Ausschussmitglied vertreten wird, verpflichtet.

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Sozialraumanalysen Kamen-Nord-West und Kamen-Heeren-Werve hier: Berichterstattung durch die Sprecher der Konferenzen	
2.	Gewährung von Beihilfen an Jugendgruppen	241/2001
3.	Anpassung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderungsplanes an den Euro	240/2001
4.	Anpassung der gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen nach dem SGB VIII an den EURO	242/2001
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Sozialraumanalysen Kamen-Nord-West und Kamen-Heeren-Werve
hier: Berichterstattung durch die Sprecher der Konferenzen

Herr **Dunker** gab bekannt, dass einige Mitglieder der Sprechergruppen der Sozialraumkonferenzen ihre Teilnahme an der Sitzung kurzfristig, u.a. aus gesundheitlichen Gründen, abgesagt hätten.

Einleitend zum TOP 1 schilderte er kurz die Entwicklung der Sozialraumkonferenzen seit deren Beginn 1999 und betonte, dass diese mit ihrer Tätigkeit, u.a. auch gefördert durch die überschaubare Größe Kamens, schon jetzt bewirkt hätten, dass viele Beteiligte unterschiedlicher Institutionen und viele Bürgerinnen und Bürger engere Kommunikationsstrukturen aufgebaut haben.

Herr Dunker fasste einige bereits erzielte Ergebnisse zusammen, die durch das Wirken der Sozialraumkonferenzen in Kamen Heeren-Werve und Kamen Nord-West zustande kamen.

In Kamen Nord-West bewirkten die Arbeitsrunden der Sozialraumkonferenz bereits, dass:

- 1) Alphabetisierungskurse,
- 2) Veranstaltungen von Vereinen im JFZ,
- 3) der Einsatz eines Streetworkers und
- 4) der Einsatz einer Sozialarbeiterin des ASD,
- 5) sowie intensive mobile Jugendarbeit

eingeleitet wurden.

Für Kamen Heeren-Werve hob er hervor, dass:

- 1) Kooperationen der AWO mit dem Fachbereich Jugend und Soziales/Sozialpädagogische Familienhilfe,
- 2) das S I T-Programm im Jugendzentrum Heeren-Werve und
- 3) ein intensiver Kontakt zwischen der Käthe-Kollwitz-Schule und der Verwaltung / dem JZ-Heeren-Werve

erreicht / verbessert wurden.

Alle o.g. Ergebnisse ergäben schon jetzt eine gute Ausgangslage, die auf die weiteren Erarbeitungen der Sozialraumkonferenzen neugierig mache.

Herr Dunker hielt einen Folienvortrag (Anlage 1) zu statistischen Daten der Kamener Bevölkerungsstruktur.

Frau **Dyduch** bat die Sprecherinnen und Sprecher der Sozialraumkonferenz Kamen Heeren-Werve, mit der Vorstellung ihrer Arbeitsergebnisse zu beginnen.

Herr **Ritter** begann seine Ausführungen mit Schilderungen zum Ortsteil Werve.

Er erklärte, dass Werve, u.a. bedingt durch seine Ortsrandlage, seine fehlende Infrastruktur und durch seine jüngere Geschichte (Kommunalreform 1968, Schließung der Zeche, etc.) wenig Beachtung fände. Er betonte insbesondere, dass immer mehr junge Familien nach Werve zögen, da in Werve noch Wohnraum, zumeist in alten Zechenhäusern, unter 12,50 DM / m² verfügbar wäre. Herr Ritter wies auf folgend aufgeführte, weitere den Ortsteil in seiner Entwicklung hemmende Gegebenheiten hin:

- schlechte Verkehrsanbindung nach Heeren / Kamen,
- starke Verkehrsbelastungen insbesondere durch die Autobahnauf- & -abfahrt der A2 bei Nordbögge,
- kein attraktives Wohnumfeld für Kinder bzw. für Familien,
- keine Einkaufsmöglichkeiten außer Tankstellen und Restaurants,
- keine Kindergärten in Werve,
- nur das Bonhoefferhaus und die Schule in der Mark als Orte der öffentlichen Kommunikation,
- gefährliche Schulwegsituationen für Kinder (u.a. bei Querung der Straße Werver Mark)
- zu kleine Haltebucht für Schulbusse → Gefahrensituation.

Frau **Dyduch** bat Frau Schwiebert als Folgerednerin, mit weiteren Erarbeitungen fort zu fahren.

Frau **Schwiebert**, die sich zum Themenbereich „Informelle Treffpunkte von Jugendlichen“ in Kamen Heeren-Werve äußerte, wies besonders auf Situationen mit Jugendlichen auf dem Schulhof der Brüder-Grimm-Schule hin. Sie erklärte, dass es dort zu Belästigungen von Grundschulern, Lehrern und Eltern, zu Zerstörungen an der Schule, Einbrüchen und zu Alkohol- bzw. Drogengebrauch gekommen sei.

Sie erläuterte, dass sich die Situation nach der Sperrung des Schulhofes (durch Aushänge) gebessert hätte, jedoch in letzter Zeit die nächste Generation von Jugendlichen nachrückte und ähnliche Vorfälle zu befürchten seien. Sie plädierte für die Umsetzung der Forderung aus dem Schulhof der Brüder-Grimm-Schule einen „jugendfreien Raum“ zu machen.

Herr **Kampmann** ergänzte die Ausführungen von Frau Schwiebert um die Erfahrungen, die er mit Jugendgruppen auf dem Schulhof der Käthe-Kollwitz-Schule gesammelt hat. Er erklärte, dass erst die durch die Stadt vorgenommene Sperrung des Unterstandes (durch Gitter) am Hintereingang der Käthe-Kollwitz-Schule dazu geführt hätte, dass sich Jugendliche nunmehr andere Plätze suchten und es an der Schule z.Zt. keine Probleme mehr gäbe.

Frau **Dyduch** griff die Erläuterungen auf und hob hervor, dass die beschriebene Problematik bekannt sei und das bereits Gespräche zwischen dem Schulausschuss, der Polizei und dem Fachbereich Jugend und Soziales geführt wurden.

Frau **Henning-Puls** referierte in Folge über die Verkehrssituation in Heeren-Werve. Sie ging in ihrem Referat (Anlage 2) auf die allgemeine Verkehrssituation und die Schulwegsituation ein.

Herr **Brüggemann** erläuterte den aktuellen Sachstand der Verwaltung; insbesondere zu den verkehrlichen Themen.

- Er ging auf die Verkehrsverbindung Kamen ↔ Unna und auf das AnrufSammelTaxi (AST) ein und bestätigte das referierte „Verbindungszeitloch“ zwischen 22.00 und 0.10 Uhr. Dieses Defizit sei sowohl von der Verwaltung als auch von der Jugendpolitischen Konferenz erkannt und benannt worden. Derzeit erarbeite die Verwaltung - als Ergänzung zu dem bereits verbesserten AST-Programm - auf Anregung der Jugendpolitische Konferenz eine Möglichkeit, die o.g. personenbeförderungsfreie Zeit durch ein zusätzliches Angebot abzudecken.
- Herr Brüggemann bezog sich auf die Verkehrssituation an der Schule In der Mark und betonte, dass die Verantwortung für die Parksituation (Einbuchungen) der Schulbusse in Verantwortung des Kreises als Schulträger liege. Es seien aber bereits Gespräche vor Ort zur Verbesserung der Situation geführt worden.
- Abschließend ging er auf die angesprochene Verkehrssituation an der Heerener Straße ein und erklärte, dass die mehrfach angeregte Umnutzung des Mehrzweckstreifens vom Straßenbaulastträger abgelehnt worden sei. Nach wie vor stehe die Verwaltung im Gespräch mit der Leitung des Landesbetriebes Straßen NRW mit dem Ziel, kurzfristig die Mehrzweckspur für die Fahrradnutzung auszuweisen. Überdies beabsichtige der Landesbetrieb, den seitwärts der Heerener Straße geführten Radweg von der Derner Straße in Richtung Südkamen zu verlängern. Das sei allerdings erst in ca. 3 Jahren zu realisieren. Hinsichtlich der Geschwindigkeitsproblematik auf der Heerener Straße gab Herr Brüggemann bekannt, dass auch er die einheitliche Geschwindigkeitsfestlegung auf 50 km/h bzw. maximal 70 km/h wünsche. Erneute Gespräche mit dem Landesstraßenbauamt müssten geführt werden.

Frau **Dyduch** bat Herrn Kampmann, die weiteren Ausarbeitungen der Sozialraumkonferenz Heeren-Werve vorzustellen.

Herr **Kampmann** ging auf die Gesamtsituation der Sonderschüler in Heeren-Werve ein (Anlage 3) und referierte, dass von den 150 Schülern der Sonnenschule und den 240 Schülern der Käthe-Kollwitz-Schule ca. 85 % Fahrschüler wären.

Insbesondere die verhaltensauffälligen Fahrschüler hätten zum Teil immense Probleme, den Schulweg alleine bzw. ohne Schwierigkeiten zu bestreiten.

Er erklärte, dass es in Unna möglich sei, solche Kinder direkt zur Schule befördern zu lassen und schlug diese Vorgehensweise auch für Kamen vor.

Herr Kampmann wies darauf hin, dass die Käthe-Kollwitz-Schule mit zu den größten Sonderschulen in Regierungsbezirk Arnsberg gehöre und oft als Entlastung für das Schulsystem genutzt würde, weil es im Kreis Unna keine Schule für Erziehungshilfe gäbe. Er forderte, dass der Schulentwicklungsplan und die Jugendhilfeplanung intensiver zusammenarbeiten müssten.

Er lobte die Zusammenarbeit des Jugendzentrums Heeren-Werve mit der Käthe-Kollwitz-Schule, insbesondere im Rahmen des gemeinsam angebotenen SIT- Programmen (**S**chüler**e**t**e**ilnahme **I**n **T**ages**e**inrichtungen), für das eine Schulsozialpädagogin aus dem Lehrerkollegium der Käthe-Kollwitz-Schule beschäftigt sei.

Abschließend ging er auf die Situation von Migrantenkindern ein, die nicht schulpflichtig seien. Er referierte über die Beschulung dieser Kinder an der Käthe-Kollwitz-Schule.

Frau **Scharrenbach** schlug vor, dass sich nicht nur der Jugendhilfeausschuss, sondern auch der Schul- und der Straßenverkehrsausschuss mit den o.g., problemhaften Situationen beschäftigen sollen.

Frau **Lungenhausen** forderte, dass die Erarbeitungen / Ergebnisse der Sozialraumkonferenzen allen Ausschüssen zugänglich gemacht werden sollen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Arbeitsergebnisse der Sozialraumkonferenzen übergreifend auch für andere Ausschüsse durch das Protokoll verfügbar gemacht würden.

Herr **Kissing** schlug vor, praktische Konsequenzen aus den Ausarbeitungen der Sozialraumkonferenz Heeren-Werve zu ziehen. Er riet an, den Ortsteil Werve durch aufgelockerte Flächenausweisungen im Flächennutzungsplan langfristig mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu durchmischen.

Frau **Dyduch** leitete zur Anhörung der Arbeitsergebnisse des Sozialraumes Kamen Nord-West über und bedankte sich bei den Sprecherinnen und Sprechern des Sozialraumes Heeren-Werve für deren Engagement und Mitarbeit.

Frau **Krause** referierte über den hohen Ausländeranteil der Bevölkerung im Sozialraum Kamen Nord-West und ging auf Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten ein.

Sie stellte hervor, dass der Sprachförderung in Kamen Nord-West ein sehr hoher Stellenwert zukäme. Probleme bei der Nutzung der deutschen Sprache bestünden sowohl bei (insbesondere türkischen) Eltern als auch bei den Kindern.

Sie erklärte, dass es eine sehr große Nachfrage für das Angebot der deutsch-türkischen Begegnungsstätte „Hausaufgabenhilfe für türkische Kinder“ gäbe.

Frau **Krause** stellte heraus, dass es in Kamen Nord-West zu wenig Hortplätze gäbe.

Die z.Zt. verfügbaren 30 Plätze teilten sich auf das DRK (20 Plätze) und die Ev. Kirche (10 Plätze) auf.

Sie verwies auf die sich veränderte Kindergartenlandschaft und auf veränderte Familiensituationen, die das Problem einer zeitlich längeren Unterbringung von Kindern mit sich zögen. So seien insbesondere allein erziehende Berufstätige kaum noch in der Lage, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren. Dies gelte besonders bei der Ferienbetreuung.

Frau **von der Heide** stützte die Aussagen von Frau Krause, indem sie feststellte, dass auch die AWO eine sehr große Anfrage nach Übermittagsbetreuung hätte.

Herr **Hoch** wies auf die Möglichkeit hin, ggf. im AWO Kindergarten „Sternstunde“ kurzfristig Hortplätze zu schaffen. Er verwies auf die gute Erreichbarkeit der Einrichtung.

Frau **Krause** ging nochmals auf die Situation der Kindergärten ein und betonte, dass insgesamt viele Anmeldungen vorlägen.

Herr **Güldenhaupt** nahm die Anregungen auf und erklärte, dass Anfang des Jahres 2002 von Seiten der Verwaltung intensive Erörterungen mit den Trägern der Einrichtungen zu dem Thema geführt werden sollen.

Frau **Baucks** führte an, dass es im Bereich Kamen Nord-West erhebliche Belästigungen durch Jugendliche gäbe, die sich u.a. vor der Moschee an der Straßenecke Werdelgraben / Fritz-Erler-Straße trafen. Hierdurch fühlten sich Anwohner belästigt.

Herr **Bleck** ging nochmals auf die Schulsituation im Bereich Kamen Nord-West ein und erklärte folgendes:

- Die Schulbezirke seien gut zugeschnitten.
- Die vorschulische Förderung für hier geborene Kinder ausländischer MitbürgerInnen müsste intensiviert werden.
- Fördergelder für das nächste Jahr müssten rechtzeitig beantragt werden.
- Fördergruppen an Schulen müssten intensiviert / eingerichtet werden (insbesondere Fördermaßnahmen für Kinder, die der deutschen Sprache nicht ganz mächtig sind).

Er betonte, dass es einen sehr großen Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder gibt.

Herr **Dunker** ging auf die Anregung von Frau Baucks ein und erklärte, dass speziell für den Bereich Kamen Nord-West zukünftig ein Street-worker einsetzen werde, um Kontakt zu Jugendgruppen aufzunehmen.

Frau **Dyduch** bedankte sich bei den Sprecherinnen und Sprechern der Sozialraumkonferenz Kamen Nord-West für deren Engagement und für die Mitarbeit. Sie riet allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Dialog mit dem Fachbereich Jugend und Soziales zu suchen und den Kontakt zum Jugendhilfeausschuss zu nutzen.

Zu TOP 2.

241/2001

Gewährung von Beihilfen an Jugendgruppen

Beschluss:

Den antragstellenden Kinder- und Jugendgruppen werden folgende Beihilfen gem. kommunalem Kinder- und Jugendförderungsplan der Stadt Kamen gewährt:

- | | | |
|----|---|-------------|
| 1. | Dem Polizeihundesportverein – Abtlg. Jugend –, aufgrund des Antrages vom 13.10.2001 für die Anschaffung eines Sandkastens | 200,48 DM |
| 2. | Der Ev. Jugend - Methler, aufgrund ihres Antrages (eingegangen 15.10.2001) zur Anschaffung von 2 Computern und Zubehör zur Einrichtung eines „Internet-Cafes“ | 3.435,70 DM |

3. Der Ev. Jugend – Kamen-Mitte, aufgrund ihres Antrages vom 27.09.2001 für die Ausstattung der Jugendräume mit Regalen, einem CD-Player und einem Videorecorder sowie die Anschaffung eines Computers für das Jugendbüro 2.363,76 DM

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

240/2001 Anpassung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderungsplanes an den Euro

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Anpassung der Beihilfen und Zuschüsse gem. des o.g. Kinder- und Jugendförderungsplanes an den EURO zum 01.01.2002 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

242/2001 Anpassung der gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen nach dem SGB VIII an den EURO

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Anpassung der Beihilfen und Zulagen gem. der gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna an den EURO zum 01.01.2002 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1.1 Herr **Brüggemann** referierte über das Projekt „Jugendhilfestrategien 2010“. Er kündigte an, dass das Landesjugendamt eine Vorstellung zum o.a. Projekt vor dem Jugendhilfeausschuss plane und derzeit versucht würde, die o.g. Vorstellung als TOP in die letzte Jugendhilfeausschusssitzung 2001, am 27.11.2001, mit einzubringen.

5.2 Anfragen

5.2.1 Frau **Lungenhausen** regte an, das sehr gut angenommene Jugendangebot der Ev. Kirche und der Stadt in Südkamen (Buxdorfhaus), auf 2 Termine pro Woche zu erweitern. Sie bat die Verwaltung, zu prüfen, ob das Anliegen umzusetzen sei.

5.2.2 Herr **Kissing** stellte heraus, dass bei der Kindergartenbedarfsplanung einiges im Umbruch sei. Er bat, den Kindergartenbedarfsplan zu aktualisieren.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass derzeit an einem aktuellen Datenmaterial gearbeitet werde und das es vor der Sommerpause 2002 zur Verfügung stehen würde.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Dyduch** erkundigte sich, ob Mitteilungen und Anfragen vorliegen würden.

Nachdem dies nicht der Fall war, beendete sie die Sitzung.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Tautz
Schriftführer